

Kralauer Zeitung.

Nr. 191.

Donnerstag, den 22. August

1861.

Die „Kralauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementpreis: für Kralau 4 fl. 20 Mr., mit Verbindung 5 fl. 25 Mr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Mr. berechnet. — Zusatzungsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer vierseitigen Seite für 9 Mr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Kralauer Zeitung“ (Großer Ring Nr. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaction: Nr. 423 an den Planten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

Amtlicher Theil.

Se. f. l. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 9. August d. J. dem Hawimanne, Joseph Höflein, der Militär-Gren.-Bewaltung-Branche, in Anerkennung seiner vorzüglichen Dienstleistung, das Ritterkreuz des Franz Joseph-Ordens allernädigst zu verleihen geruht.

Se. f. l. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 13. August d. J. dem pensionirten Hauptmann erster Classe, Simon Kehl, in Anerkennung seiner Verdienste um den Strafzettel in der kroatischen Militärgrenze, das Ritterkreuz des Franz Joseph-Ordens allernädigst zu verleihen geruht.

Se. f. l. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 31. Juli d. J. dem in Rückstand versetzten Major, Unterdirektor, Martin Meissler, in Anerkennung seiner mehr als 42jährigen Dienstleistung, das Ritterkreuz des Franz Joseph-Ordens allernädigst zu verleihen geruht.

Se. f. l. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 8. August d. J. dem Gemeine, Anton Hassblaski, dem Infanterie-Regiments Graf Mazziolini Nr. 10, in Anerkennung der von ihm mit eigener Lebensgefahr mutvoll bewirkten Festigung eines der öffentlichen Sicherheit gefährlichen Individuums, das silberne Verdienstkreuz allernädigst zu verleihen geruht.

Se. f. l. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 18. August d. J. dem Postensührer, Valentino Gilleano, des S. Gendarmerie-Regiments, in Anerkennung der von ihm mit eigener Lebensgefahr bewirkten Festigung eines Menschen vom Wasserende, das silberne Verdienstkreuz allernädigst zu verleihen geruht.

Se. f. l. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 20. August d. J. dem Postensührer, Valentino Gilleano, des S. Gendarmerie-Regiments, in Anerkennung der von ihm mit eigener Lebensgefahr bewirkten Festigung eines Menschen vom Wasserende, das silberne Verdienstkreuz allernädigst zu verleihen geruht.

Se. f. l. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 21. August d. J. dem Postensührer, Valentino Gilleano, des S. Gendarmerie-Regiments, in Anerkennung der von ihm mit eigener Lebensgefahr bewirkten Festigung eines Menschen vom Wasserende, das silberne Verdienstkreuz allernädigst zu verleihen geruht.

Se. f. l. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 22. August d. J. die Freiin Mathilde von Schwedburg zur Ehrendame des adeligen freiwilligen Denkmusters zu Maria Schul in Brunn allernädigst zu ernennen geruht.

Se. f. l. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 23. August d. J. die Freiin Mathilde von Schwedburg zur Ehrendame des adeligen freiwilligen Denkmusters zu Maria Schul in Brunn allernädigst zu ernennen geruht.

Veränderungen in der k. k. Armee.

Ernennungen:

Der Generalmajor, Wilhelm Ritter von Mertens, zum Feldmarschall-Lieutenant;

der Oberstleutnant, Ladislav Graf Szapáry, des Jäger- und Kavallerie-Freiwilligen Husaren-Regiments Nr. 1, zum Flügel-Adjutanten Se. f. l. Apostolischen Majestät; ferner zu Obersten die Oberstleutnants:

Georg Erzherzog, Kommandant des Infanterie-Regiments Kronprinz Erzherzog Rudolf Nr. 19, und

Johann Joseph Edler von Freienwald, Kommandant des Infanterie-Regiments Freiherr von Gruber Nr. 55, beide mit Belaufung dieser Kommanden;

zu Oberstleutnants die Majors:

David Schurits de Vitoz-Solgrada, des Infanterie-Regiments Fürst Liechtenstein Nr. 5;

Alois Edler von Schewitsch, des Infanterie-Regiments Graf Mazziolini Nr. 10;

August von Ambros, des Infanterie-Regiments Graf Khevenhüller Nr. 35;

Eduard Mederer, des Infanterie-Regiments Freiherr von Gruber Nr. 54;

Eugen Freiherr Fleschner-Zeiger, des Infanterie-Regiments Prinz Wenzel Nr. 60;

Joseph Sutter von Adeltreut, des Infanterie-Regiments Graf Franz Grenville Nr. 75; und

Joseph Hurth, des Kürassier-Regiments Graf Wallmoden Nr. 6, sämmtliche in diesen ihren Regimenten;

zu Majors die Hauptleute erster Classe:

Joseph Freiherr Ullrich, des Infanterie-Regiments Freiherr von Gallo Nr. 31; Ignaz Schmitz von Kehlau, des Infanterie-Regiments Graf Franz Grenville Nr. 75, beide in diesen

Regimenten;

Wilhelm Grobbien, der General-Adjutant Se. f. l. Apostolischen Majestät, mit Belaufung auf dem gegenwärtigen Dienstposten, dann mit der Einstellung in die Rangordnung beim

Infanterie-Regimente Herzog von Parma Nr. 46, endlich dem Mittmeister erster Classe, Ferdinand Freiherr Lunkl v.

Kopriva und Hohenstadt, des Ulanen-Regiments Graf Eivald Nr. 1, in diesem Regimente.

Verleihungen:

Dem pensionirten Oberstleutnant, Franz Naslitz, der Oberschles.-Charakter ad honores;

dem pensionirten Oberschles.-Charakter erster Classe, Joseph Simony, der Majors-Charakter ad honores; und

dem pensionirten Militär-Kassen-Offizial erster Classe, Joseph Krätzler, der Charakter eines Kriegs-Jahmeisters ad honores.

Pensionierung:

Der Major, Joseph Ritz, der technischen Artillerie, mit Oberschles.-Charakter ad honores.

Nichtamtlicher Theil.

Kralau, 22. August.

Der Pariser Correspondent der „A. Pr. Stg.“ erfährt über die kürzlich telegraphisch angezeigte und dann sofort übertrufene Entlassung des Generals Galdini folgendes: Der General hatte seine Entlassung als Statthalter wirklich eingereicht, und zwar weil er die ungeheure Verantwortlichkeit, allein so unschätzbares Blutvergießen anzurichten, nicht länger tragen wollte. In Turin soll die Bestrafung groß gewesen sein, denn wenn Galdini seine ferneren Operationen von dem Einverständnisse mit dem noch zu ernennen-

den Civilgouverneur oder Statthalter des Königs abhängig wäre, so hätte die Reaction Zeit, sich vollständig zu organisieren. Die Entlassung soll nur auf eine dringende Vorstellung des Königs wieder zurückgenommen worden sein.

Die Turiner „National iés“ vom 18. Aug. schreiben: „Wir glauben zu wissen, daß trotz der äußersten Anstrengungen der „Perseveranza“, der „Opinione“ und der „Gazzetta di Torino“ die Ministerkrise als bevorstehend betrachtet werden kann; ohne die Abwesenheit einiger Minister wäre sie sogar schon ausgebrochen. Mr. Bastoggi, der noch einige Tage in Livorno bleiben sollte, ist ersucht worden, seine Rückkehr zu beschleunigen. Zwei Fragen sollen im Ministerrat gesetzt werden: die neapolitanische und die administrative. Was die erste betrifft, so hat Minghetti's System das gleichzeitige Entlassungsgesuch Galdini's, Cantelli's und de Blasio's herbeigesührt. Mr. Minghetti erneuert zwar dieses Mal das Manöver, zu welchem er bei der Entlassung des Grafen San Martino seine Zuflucht genommen, daß er dieselbe hartnäckig durch die drei genannten Zeitungen demonstrierte. Aber heute wie damals werden die Thatsachen sehr bald ihm selbst ein energisches Dementi geben.

Über das Verhältniß Minghetti's zu Galdini bemerkte ein Turiner Correspondent der „A. Stg.“ unter dem 18. August: Minghetti sieht ungern, daß er

der Minister des Innern, durch das energische Einreichen Galdini's in die innere Verwaltung des Südens ganz in den Hintergrund gedrängt wird; ebenso wenig behagt ihm das freundschaftliche Verhältniß,

das Galdini mit der Garibaldischen Partei angelnüpft hat. Nun ist aber daher die Stelle Spaventa's durch einen ergebenen Anhänger Minghetti's, Herrn Blasio, ersetzt worden, der im Sinne seines Beschülers auf den General-Statthalter einzuwirken sucht. Kein Wunder also, daß der Polizeidirektor mit dem General in Zwiespalt gerätsen; ebenso scheint bei Gelegenheit der Demonstrationen, welche sich das Volk gegen einige der zurückgekehrten Abgeordneten herausnahm, eine Meinungsverschiedenheit zwischen Cantelli und Galdini eingetreten zu sein. Demnach werden jene beiden Beamen ihre Entlassung nehmen, Galdini's Stellung wird dadurch eher bestigt als geschwächt. Uebrigens hat der General stets die Absicht gehabt, die Statt-halterschaft nur so lange zu übernehmen, als es Nothdure. Wenn Minghetti Galdini entgegenarbeitet haben sollte, so ist er jetzt der geschlagene Theil, wenigstens wenn sich der Rücktritt Blasio's bestätigt.

Die Rückkehr Garibaldi's nach Neapel, um dort den Jahrestag seines vorjährigen Einzuges in jene Stadt zu feiern, ist wie der „Indépendance“ aus Turin geschrieben wird, nur ein Vorwand, der eigentlich Grund aber der, daß die Regierung die unermäßliche Popularität des Besitzers von Süditalien für die Bevölkerung jener Landeshälfte und für die Entmündigung der „Reactionsbanden“, zu verwerthen wünscht. Ein ehemaliger Adjutant Garibaldi's, Marquis Techi, jetzt Ordonnanz-Offizier des Königs, sei abermals, wie schon öfter, dazu ersehen, eine Verständigung zwischen seinem früheren General und der Regierung herbeizuführen und befnde sich bereits in Caprera, um die Sache in Ordnung zu bringen.

Der Pariser Correspondent der „A. Pr. Stg.“ macht auf den Widerspruch aufmerksam, der darin liegt, daß die Turiner Regierung die Unruhen in Neapel als von Rom ausgehend darstellt und andererseits doch wieder in Neapel selbst fortwährend neue Complotte entdeckt, bei denen die vornehmsten Familien

ständen sich an Alles erinnern wollte, was vor und seit dem afrikanischen Kriege zwischen England und Spanien vorgefallen, so würde sie, anstatt einen solchen Vorschlag anzunehmen oder nur anzuhören, unverzüglich einem spanischen Geschwader den Befehl erteilen, sich Tangers zu bemächtigen. Wir erklären es offen, nähme die spanische Regierung einen solchen Vorschlag an, so verdiente sie jetzt und immerdar von dem Lande verwünscht zu werden. Das ist die einzige Betrachtung, welche man hierüber anstellen kann.

In Setubal (Portugal) ist nach einer Madrider Depesche vom 17. August die Ruhe wieder hergestellt. Die Aufständischen befrannten sich auf das Abfeuern einiger Schüsse; sie wurden beinahe sämmtlich gefangen.

Hamburger Blätter melben aus Stockholm, 16. August: Obgleich der König schon im Laufe der nächsten Woche von seiner Reise zurückverwartet wird, ist doch gestern noch die schwedisch-norwegische Interims-Regierung zusammengetreten.

Die „A. Stg.“ bringt die Mittheilung, daß russische Cabinet habe seine Zustimmung zur Errichtung einer Telegraphenlinie zwischen der schwedischen Insel Gotland und dem russischen Hafen Libau verweigert.

Kürzlich hatten fünf schwedische Bauern von der Insel Worms, sich in Folge der erfahrenen Verfolgungen von ihrer heimatlichen Insel nach Stockholm geflüchtet. Die Bauern glauben sich durch den Hauptgrundbesitzer der Insel, Baron Stackelberg, nicht

nur in ihren Rechten beeinträchtigt, sondern gehen auch davon aus, daß er es ihnen unmöglich mache, dies Recht beim Kaiser nachzusuchen. Sie haben schwedische Vermittlung nachgesucht. Am 10. d. hatten sie eine Audienz bei dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu können. — Man berechnet das Hindernis, die Herren Mon, die Unwesenheit des spanischen Marineministers in Paris, die Reiseroute der Königin Isabella und gelangt zu politischen Ereignissen, welche von ihm angeordneten näheren Erkundigungen bald zu gehen werde. Wie man hört, sind auch Executions-truppen auf Worms angelangt, und es hat sich auch der russische Gouverneur der Ostsee-Provinzen, Graf Suvarow dort eingefunden.

Aus Cattaro wird geschrieben: Der Fürst von Montenegro hat der europäischen Konferenz ein Memorandum überreicht, worin er erklärt, seinen Einfluß zur Pacificirung der aufständischen Herzegowiner bis zu dem Augenblicke nicht anwenden zu wollen, bis die Pforte 1. die Unabhängigkeit Montenegros vom Meere bis zur Moratscha anerkennt, 2. Spic mit dem Hafen von Sutorina an Montenegro abtritt, und 3. von dem weiteren Bau der Citadellen an der montenegrinischen Grenze ablässt. Dieses Memorandum wurde vom französischen und russischen Konsul unterstützt.

Die Donau Stg. teilt Einiges aus dem Pressesetz-Entwurf mit, den die Regierung ehestens in die beiden Häuser des Reichsrathes einbringen wird.

Nach demselben hat sich die Regierung kein Recht, eine Druckschrift zu verbieten, vorbehalten, es kann dies durch ein gerichtliches Erkenntniß geschehen. Sie kann nur gegen den Verbreiter einer verbotenen Druckschrift das Strafverfahren anhängig machen lassen.

Die Sicherheitsbehörde hat zwar das Recht, eine gegen das Presgesetz verstörende Druckschrift mit Bezug belegen zu lassen, doch ist hiervon binnen 24 Stunden der Staatsanwalt zu benachrichtigen und nach weiteren 3 Tagen hat entweder der Beschlagnahme oder deren Bestätigung einzutreten.

Der Entwurf besteht die periodischen Druckschriften von der vorausgehenden Hinterlegung und die Sicherheitsbehörde erhält gleichzeitig mit dem Publicum von dem Inhalte der einzelnen Nummern Kenntnis. Nur auf Grund richterlichen Erkenntnisses kann die Unterdrückung oder die zeitweilige Einstellung eines Journals erfolgen, und es muß nämlich das Gericht wiederholter innerhalb desselben Jahres in dem Inhalte einer Druckschrift den Thatbestand eines Verbrechens oder Vergebens gefunden haben, ehe es auf Einstellung der weiteren Herausgabe der inländischen oder der weiteren Verbreitung der ausländischen Druckschrift für die Dauer von einem bis zu sechs Monaten erkennt. Nur wenn durch den Inhalt einer Druckschrift ein mit mehr als fünfjähriger Kerkerrate bedrohtes Verbrechen begangen wird (was kaum anders als durch unmittelbare Aufforderung zum Hochverrat geschehen könnte), kann das Gericht sofort auf die gänzliche Einstellung erkennen.

An der Entscheidung der Presseprocesse werden künftig auch Geschworene teilnehmen. Auch die Entziehung des Postdebts für ausländische Blätter ist von einer vorausgegangenen richterlichen Verurtheilung abhängig gemacht.

Von der Concessionirung der Journale wird vollständig abgesehen. Jeder, der die Caution erlegt, kann ein politisches Journal herausgeben. Berantwortlicher Redakteur einer periodischen Druckschrift kann jeder am Ort ihres Erscheinens wohnhaft, im Vollgenuss seiner bürgerlichen Rechte stehen.

Die Ausschließung von der Redaction in Folge der Verurtheilung eines Verbrechens oder sonstiger strafbarer Handlungen aus Gewissensucht ist auf bestimmte Zeit beschränkt. Zur Herausgabe eines Journals sind gewisse gesetzliche Bedingungen erforderlich. Der Herausgeber einer Zeitschrift hat die Herausgabe einfach anzugeben; erklärt die Sicherheitsbehörde die Bedingungen nicht für erfüllt, so kann der Unternehmer nichtsdestoweniger mit der Herausgabe beginnen und es ist dann an der Sicherheitsbehörde, die Hilfe des Gerichts gegen ihn anzurufen.

Die Motive, welche das Ministerium angibt, sind:

Bei der anerkannten Notwendigkeit, die dem Reiche gegebenen constitutionellen Einrichtungen zu freier und geistlicher Entwicklung zu bringen, erscheint es als ein Bedürfniß ersten Ranges, daß die bis nun beste-

henden Preßgesetzgebung einer sorgfältig eingehenden Revision unterzogen werde.

Der Verlust, die Presse, nachdem sie prinzipiell für frei erklärt worden, dennoch durch administrative Maßregeln in Schranken halten, oder wohl gar nach den der Regierung wünschenswerthen Zielen leiten zu können, hat sich als ein verhängnisvoller Irrweg bewährt.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß der Staat auf diesem Wege sich aller Vortheile der Pressefreiheit verlustig mache, ohne auch den Gefahren derselben auf die Länge wirksam begegnen zu können. Es läßt sich übrigens mit Leichtigkeit erkennen, daß jenes System der Bevorwürfung nicht etwa auf ein bescheidenes Maß zurückführt, sondern geradezu ausgegeben werden müsse, wenn die Presse Gutes wirken soll.

Die großen Zwecke, welche gegenwärtig von der Regierung angestrebt werden, die großen Erfolge, denen das Reich in diesem Augenblick so dringend bedarf, lassen sich durch halbe Maßregeln nicht eringen; sie fordern harmonische, dem Geiste der neuen Gesamtinstitutionen vollkommen gleichartige Einrichtungen auch im Einzelnen.

In diesem Sinne ist der vorliegende Entwurf eines Pressegesetzes ausgearbeitet worden: er spricht die Presse rückhaltslos frei und stellt sie, gleich allen anderen Tätigkeiten des bürgerlichen Lebens lediglich unter die Autorität des Strafgesetzes.

Der Besluß des Ministeriums den ungarischen Landtag aufzulösen, hat am 20. d. (am Stephanstag) die kaiserliche Sanction erhalten und dürfte heute Donnerstag an den ungarischen Landtag gelangen. Das Rescript ist, wie verlautet, ein wenige Zeilen langes Document, und in milden Ausdrücken verfaßt motivirt es die getroffene Entscheidung damit, daß der Landtag selber den Faden der Unterhandlungen für abgerissen erklärt hat. Weiter wird versichert, daß nicht nur der Gedanke, ein kaiserliches Manifest an die Völker Österreichs zu erlassen, sondern auch der Plan, eine Botschaft an den Reichsrath zu richten, ausgegeben wurde, und daß die dem Reichsrath zu machenden Mitteilungen in Form ministerieller Eröffnungen erfolgen werden, die noch im Laufe dieser Woche gegeben werden sollen. Noch bis vorgestern (Dienstag), schreibt die „Presse“ versuchten es die ungarischen Regierungsmänner Graf Apponyi und G. von Majláth den Aufklärungsbesluß zu hindern, indem sie geltend machen, daß diese Maßregel dazu beitragen werde, die ungarische Geschäftspartei noch mehr zu verstärken. Nun jedoch sind sie nach Pest zurückgekehrt, ohne ihre Entlastung zu geben, aber auch ohne einen Entschluß darüber, ob sie auch jetzt auf ihren Posten verbleiben wollen, auszusprechen. Der Hofkanzler Graf Forgach dagegen, obwohl anfangs eine Mittelstellung einnahm und der Landtagsauflösung widersetzend ist, mit derselben völlig einverstanden und bleibt ebenso wie der Minister ohne Portefeuille, Graf Esterhazy, Mitglied des Ministeriums Rechberg-Schmerling.

Aus Anlaß der Betrachtungen, die das „Journal de St. Petersbourg“ über den Verlauf der ungarischen Frage anstellt, schreibt die „Donau-Ztg.“: Wenn wir die Befreiungen des „Journal de St. Petersbourg“ erwähnen, so geschieht es, weil es notwendig aussällt, daß ein angesehenes Blatt der russischen Hauptstadt den ungarischen Angelegenheiten so große Aufmerksamkeit zuwende, und dabei so unparteiisch sich gibt, daß es vollkommen ignoriert, wie eine ganz ähnliche, jedenfalls aber eine vollkommen parallel laufende Agitation das Ungarn benachbarte Königreich Polen durchwühlt. Die linke Hand des „Journal de St. Petersbourg“ weiß so wenig, was die rechte thut, daß all der schweren und unheimlichen Vorfälle zu Warschau in denselben Nummern, welche die ungarische Frage in Tendenzartikeln besprechen, mit keinem Worte Erwähnung geschieht. Das wirkt übrigens nicht im Geringsten auf unsere Überzeugung ein, daß – bei allem Guten, was wir unseren polnischen Mitbürgern gönnen – wir eine Schwächung der russischen Macht durch separatistische Bewegungen oder irgend andre Ereignisse für eine höchst beklagenswerte Störung des europäischen Gleichgewichts ansehen müßten, so wie, daß diese Berücksichtigung, unter den gegenwärtigen Verhältnissen Europa's mehr als je, das Urtheil des wahren Politikers bestimmen muß.“

II Krakau, 22. August.

Anschließend an den in unserm Blatte enthaltenen Bericht über die Verhandlung des galizischen Landesausschusses teilen wir nach der „Lemberg Ztg.“ weiter Nachstehendes mit.

In der Landtagssitzung am 23. April d. J. wurde

in Betreff der Übertragung der Geschäfte des beständigen landständischen Ausschusses an die Landesvertretung der Besluß gefaßt, daß der Landesausschuss von

dem landständischen Ausschuß die im §. 29 Landes-

statut bezeichneten Angelegenheiten übernehme und zu-

gleich die derselben durch die Statuten der galizisch-

ständischen Kreditanstalt zugewiesenen Geschäfte einst-

weilen besorge; dann daß der Landesausschuss Sr. Ma-

jestät dem Kaiser den Antrag unterbreite, damit die

Adelsangelegenheiten den Landtag zugewiesen werden.

Da der §. 29 der Landes-Ordnung dem Landes-

ausschüsse die Besorgung der Geschäfte des früheren

landständischen Ausschusses zuweist, soweit dieselben nicht an andere Organe übergehen oder in Folge der geänderten Verhältnisse aufgehören, so sah sich der landständische Ausschuß gleich nach dem Erscheinen der Landes-Ordnung veranlaßt, bei den vorgesetzten Be-

hörden die Aufträge zu stellen, welchen Organen er die

Geschäfte des Kreditvereins und dann die Angelegen-

heiten betreffs der Evidenzhaltung der Adelsmatrikel zu

übergeben habe. Das k. k. Staatsministerium hat

darauf eröffnet, daß es bei dem Umstände, als die

frühere ständische Verfassung, auf welcher die Statuten des galiz.-ständischen Kreditvereins beruhen, aufgehört hat, angedeutet erscheint, eine General-Versammlung der Besitzer von landstädtischen Gütern in Galizien und Bukowina einzuberufen, um über die Aenderungen der Statuten des Kreditvereins zu berathen. Zu dieser Versammlung wurden die genannten Besitzer aus dem Grunde einberufen, weil alle entweder als wirkliche Theilnehmer, indem sie Darlehen erhielten, oder als Garanten mit dem Domestikalfond und mit der Superhypothek auf allen galizischen und bukolominaer Landtafelgütern bei diesem Kreditinstitute interessirt erscheinen. Um zweitmäßigst zu dieser Einberufung wurde die Zeit erkannt, zu welcher sich die galiz. k. k. Landwirtschafts-Gesellschaft in Zweck der Verhandlungen ihrer Angelegenheiten hierorts versammelt. Nachdem aber nach §. 21 und 22 der L. D. der Landtag für die Erhaltung des Landesvermögens, zu welchem der Domestikalfond gehört, zu sorgen und das Credits- und Schuldenwesen des Landes zu verwalten hat, so ist es einleuchtend, daß in Betreff der Aenderungen, welche in den Bestimmungen bezüglich der Garantie durch den Domestikalfond beschlossen werden dürfen, die Entscheidung des Landtages nothwendig sein wird. Das jedoch nach der Auflösung des landständischen Ausschusses die Erledigung der Geschäfte der Kreditanstalt zum Nachtheile der Interessenten nicht unterbrochen werde, bis auf Grundlage der Anträge oder Beschlüsse der gedachten Generalversammlung die notwendig sich ergebenden Aenderungen zur Durchführung gelangen, wurde der Landesausschuss mit der Funktion der Oberaufsicht der Kreditanstalt interimistisch betraut. Demzufolge hat der landständische Ausschuss am 8. Mai d. J. die mit der Oberaufsicht über die galizisch-ständische Kreditanstalt verbundenen Agenden, welche seit der Gründung derselben, d. i. seit dem Jahre 1842 besorgt hat, sammt allen Akten und Büchern dem Landesausschuss übergeben, welcher seitdem auch die abgerissen erklärt hat. Weiter wird versichert, daß nicht nur der Gedanke, ein kaiserliches Manifest an die Völker Österreichs zu erlassen, sondern auch der Plan, eine Botschaft an den Reichsrath zu richten, aufgegeben werden. Noch bis vorgestern (Dienstag), schreibt die „Presse“ versuchten es die ungarischen Regierungsmänner Graf Apponyi und G. von Majláth den Aufklärungsbesluß zu hindern, indem sie geltend machen, daß diese Maßregel dazu beitragen werde, die ungarische Geschäftspartei noch mehr zu verstärken. Nun jedoch sind sie nach Pest zurückgekehrt, ohne ihre Entlastung zu geben, aber auch ohne einen Entschluß darüber, ob sie auch jetzt auf ihren Posten verbleiben wollen, auszusprechen. Der Hofkanzler Graf Forgach dagegen, obwohl anfangs eine Mittelstellung einnahm und der Landtagsauflösung widersetzend ist, mit derselben völlig einverstanden und bleibt ebenso wie der Minister ohne Portefeuille, Graf Esterhazy, Mitglied des Ministeriums Rechberg-Schmerling.

Aus Anlaß der Betrachtungen, die das „Journal de St. Petersbourg“ über den Verlauf der ungarischen Frage anstellt, schreibt die „Donau-Ztg.“: Wenn wir die Befreiungen des „Journal de St. Petersbourg“ erwähnen, so geschieht es, weil es notwendig aussällt, daß ein angesehenes Blatt der russischen Hauptstadt den ungarischen Angelegenheiten so große Aufmerksamkeit zuwende, und dabei so unparteiisch sich gibt, daß es vollkommen ignoriert, wie eine ganz ähnliche, jedenfalls aber eine vollkommen parallel laufende Agitation das Ungarn benachbarte Königreich Polen durchwühlt. Die linke Hand des „Journal de St. Petersbourg“ weiß so wenig, was die rechte thut, daß all der schweren und unheimlichen Vorfälle zu Warschau in denselben Nummern, welche die ungarische Frage in Tendenzartikeln besprechen, mit keinem Worte Erwähnung geschieht. Das wirkt übrigens nicht im Geringsten auf unsere Überzeugung ein, daß – bei allem Guten, was wir unseren polnischen Mitbürgern gönnen – wir eine Schwächung der russischen Macht durch separatistische Bewegungen oder irgend andre Ereignisse für eine höchst beklagenswerte Störung des europäischen Gleichgewichts ansehen müßten, so wie, daß diese Berücksichtigung, unter den gegenwärtigen Verhältnissen Europa's mehr als je, das Urtheil des wahren Politikers bestimmen muß.“

Österreichische Monarchie.

Wien, 21. Aug. In der heutigen Sitzung des Hauses der Abgeordneten wurde die Specialdebatte über das Ausgleichsverfahren fortgesetzt. Das Haus gelangte in seiner Beratung bis §. 35

des Gesetzentwurfs.

Se. kaiserliche Hoheit Erzherzog Wilhelm wird

dem Vernehmen nach im Auftrage Sr. Majestät des

Kaisers nach Berlin reisen, um der Krönung des Königs

Wilhelm von Preußen beizuwohnen. Auch F. M.

Fürst von Windischgrätz wird sich aus diesem Anlaß

nach Berlin begeben.

Ihre k. Hoheiten Erbprinz von Thurn und Taxis

und Gemahlin haben heute die Reise nach Triest

fortgesetzt. In Triest wird sich die Frau Erbprinzessin

nach Corfu einschiffen und Ihre Majestät die Kaiserin,

den Besinden nach den letzten Berichten sich fortwährend

besseret, wird Ihrer Schwester einige Seemeilen

entgegenfahren. Der Erbprinz wird bis zum Freitag

nach Laxenburg zurückkehren und dort einige Zeit als

Gast Sr. Maj. des Kaisers verweilen.

Se. k. Hoheit Erzherzog Ludwig Victor hat seine Reise durch Deutschland beendet und ist am

18. in Ischl angelommen.

Se. k. Hoheit Erzherzog Carl von Toscana hat

Ischl bereits verlassen und über München die Reise nach

Rom angetreten.

In der ungarischen Hofkanzlei wurde gestern Früh

9 Uhr eine längere Beratung abgehalten.

Herr Graf von Somlyó ist von Pest hier ange-

kommen und im Hotel „zum wilden Mann“ abge-

steigen.

Der Herr General der Kavallerie Graf v. Schlick

wurde vorgestern von Sr. Majestät dem Kaiser em-

pfangen.

Die gewöhnliche Dienstagssoiree bei Hrn. v. Schmer-

ling wurde für gestern Abend abgesagt. Hrn. v. Schmer-

ling reiste gestern mit der Westbahn nach Linz, um

dort der Vermählung des Herrn Statthalters Eduard

von Bach beizuwollen. Die Braut, Frau von Vi-

sor, die Witwe eines höheren Staatsbeamten, hat

an den Herrn Staatsminister das Ersuchen gestellt,

ob ihr Hochzeitsfeierstand der Trauung anzuwohnen.

Herr von Schmerling feiert morgen wieder zurück.

Der Herr Kardinal-Erzbischof Fürst Schwarzen-

berg ist gestern von Prag hier angekommen.

Im Herrenhause hat das Comité für das Gesetzgesetz mehrere Sitzungen erhalten. Die Aufhebung des Lehensbandes findet auch da als Abschaffung eines Instituts, das nicht mehr in die Verhältnisse passt, sowie Anerkennung; die Frage, ob freiwillige oder zwangsläufige Aufhebung, scheint man durch einen Mittelweg erlebigen zu wollen. Das Lehensband soll bis zu einer bestimmten Zeit aufgelöst werden, aber man glaubt, die Details den Landtagen übertragen zu sollen. Im Ausschuß des Abgeordnetenhauses zur Sicherung der persönlichen Freiheit wurde über einen Entwurf des Vicepräsidenten Dr. Hasner berathen, der auch angenommen wurde. Meinungsunterschiede entstanden darüber, ob man die Bestimmungen im Strafprozeß aufnehmen oder als besondere Gesetze hinstellen sollte. Endlich siegte die Ansicht Mühlfelds, welcher für ein eigenes Gesetz, für eine formelle Ha-

boas-corpus-Akte plädierte.

Die nächste Sitzung des Herrenhauses findet

Freitag den 23. August um 11 Uhr statt.

Die „Wiener Ztg.“ bringt folgende Erklärung: Die „Süddeutsche Zeitung“ und nach ihr mehrere Wiener Journale haben in neuester Zeit das Telegraphen-Correspondenz-Bureau beschuldigt, mehrere der „Opinione“ vom 13. und der „Presteveranza“ vom 14. und 15. d. M. entnommene Telegramme über Vorgänge im Neapolitanischen gefälscht zu haben. Das Telegraphen-Correspondenz-Bureau, welches strenge Unparteilichkeit und unverbrüchliches Festhalten an der Wahrheit zu seinen ersten Pflichten zählt, ist sich bewußt, bei Hinausgabe der in Rede stehenden Telegramme in keiner Weise von dem Original-Texte vorgeschlagen worden sein, da dieser sich ihm für die bezuglichen, ihm aus Verona zugemachten Depeschen abgewichen zu sein, und ist jederzeit bereit, den gehirten Redaktionen die Belege hierfür zur Verfügung zu stellen. Indem das telegraphische Correspondenz-Bureau sonach den von der „Süddeutschen Zeitung“ erhobenen Vorwurf der Fälschung mit Entrüstung zurückweist, glaubt es nur noch hervorheben zu sollen, wie lächerlich es wäre, Meldungen auswärtiger Journale absichtlich zu fälschen, nachdem 48 Stunden später diese Journale selbst dem Publikum und den hiesigen Redaktionen vorliegen. Das Correspondenz-Bureau würde, hätte es anders eine Fälschung begehen wollen, es gewiß sorgfältig unterlassen haben, die piemontesischen Blätter, welchen die Nachrichten entnommen sind, als Quelle zu citiren, vielmehr die Telegramme als eigene Depeschen gegeben haben. Über die Gründe, warum die oben erwähnten Telegramme dem Correspondenz-Bureau mit Entstehung der Wahrheit zugemommen sind, wurden bereits die nötigen Erlebungen eingeleitet; doch glaubt das Correspondenz-Bureau nicht zu irren, wenn es annimmt, daß sein Correspondent zeitweilig von Verona abwesend ist und das Geschäft des Telegraphen in einem nicht genügend verlässlichen Stellvertreter übertragen habe. Wien, am 20. August 1861. Vom Telegraphen-Correspondenz-Bureau.

Namentlich galt der erhobene Vorwurf der Fälschung einem Berichte der „Opinione“ vom 8. August, wo uns der Wortlaut dieses Berichtes vorliegt, müssen wir den Vorwurf der „Süd. Ztg.“ als unbegründet bezeichnen. Es ist darin constatirt, daß die Kämpfe der Königlichen und der Piemontesen heftig und lange waren, daß die Letztern Verstärkungen herbeiziehen mußten, mit deren Hilfe sie ihre Gegner wohl in die Berge zurückdrängten, aber so, daß diese die ganze Bergkette inne hatten und das Gebiet von Nola oder von Avellino und Benevent überschwemmen konnten. In einem zweiten gleichzeitigen Kampfe bei Acerro und Ariengo blieben die Königlichen nach demselben Bericht des piemontesischen Blattes sogar Sieger; die geschlagenen Truppen und Nationalgarden samten ihren Unhängern flohen nach Benevent und von da, weil ihnen der neuangekommene Gouverneur keinen Schutz gewähren konnte, weiter nach Neapel. Diese Nachrichten, schreibt das „Vaterland“, möglicherweise zeitweilig von Verona abwesend ist und das Geschäft des monarhistischen Rechtes Franz II. und seiner treuen Verfechter widerwärtig sein, wenn sie aber selbst in den ihnen gleichgesinnten revolutionären Blättern der piemontesischen Regierung stehen, so ist es albern, sie als gefälscht und unwahr zu bezeichnen.

Eine Wiener Correspondenz der „A. A. Z.“ meldet: Freiherr v. Prokisch-Osten, k. k. Intendant in Constantinopel, wird nunmehr seinen Sitz im Oberhause des Reichsraths einnehmen, da er sich von der diplomatischen Laufbahn zurückzieht. Auf sein Nachfolger in Constantinopel wird Freiherr v. Koller bestimmt. Diese Nachrichten, schreibt das „Vaterland“, möglicherweise zeitweilig von Verona abwesend ist und das Geschäft des monarhistischen Rechtes Franz II. und seiner treuen Verfechter widerwärtig sein, wenn sie aber selbst in den ihnen gleichgesinnten revolutionären Blättern der piemontesischen Regierung stehen, so ist es albern, sie als gefälscht und unwahr zu bezeichnen.

Nach Berichten aus Pest vom 20. d. ist die Feier des Stephansfestes ungestört vor sich gegangen. Nachmittags 4 Uhr sollte eine geheime, um 5 Uhr eine öffentliche Landtagssitzung stattfinden.

Dem „Vaterland“ wird aus Wien eine neue und zwar eine bedeutende Blamage der sardinischen Regierung gemeldet. Aus leicht begreiflichen Gründen lag es nämlich den Ministerien des Galantuomo sehr stark daran, auch in Venetien Subscriptions auf das letzte Anlein zu sammeln. Namentlich war es auf diesen ersten Rang hier abgesessen, denen man mit Gewalt einige Millionen anhängen wollte, und man behauptet, daß bei dieser Gelegenheit sogar der sehr neuitalienisch gesinnte großbritannische Generalconsul sehr thätig gewesen sei – doch Alles umsonst – die harten Venezianer wollten nichts von einer Anleihe für Neu-Italien wissen und verzichteten auf die Ehre, ihren Namen im „Regno d'Italia“ veröffentlicht und sich vielleicht gar mit dem St. Lazarus decouvert zu sehen.

Deutschland.

Se. k. Hoheit der Kronprinz von Preußen ist am 20. wieder in Berlin eingetroffen.

Frankreich.

Paris, 18. August. Der Kaiser wird, wie man vernimmt,

einige Schritte von seiner Terrasse die Mauer eines hafeten auf 13.629 angibt. In seiner langen Liste sechs Stock hohen Hauses aufgeführt werden solle. Er figuriren noch 1841 auf der Stelle und 7127 nach wenigen Stunden Erschossene, 10.014 sonst Getötete. Eine neuere Nummer des „Popolo d'Italia“ vom 10. August zählt eine Reihe solcher Unglücklichen mit Be- friedigung namentlich auf. Ein revolutionäres neapolitanisches Blatt „il Sole“ erzählt mit gleichem Cynismus, wie bei Pietralcina in Benevent ungefähr 400 Königliche, die von einer überlegenen Truppenzahl um- sammelten, sich nicht gleichergaben, auf Besuch eines Ma- jors Rossi ohne Weiteres zusammenkästet wurden. 135 blieben gleich auf dem Platz, der übrigen harrt kein besseres Los“ fügt das Blatt bei. Nach solchen Berichten der revolutionären Blätter kann man die Liste des „Contemporaneo“ glaublich finden.

Aus Neapel vom 18. d. wird berichtet, daß auf den Gebirgen von Lancello die Truppen eine von Ci- priani geführte reactionäre Bande umzingelt und nach einem kurzen Widerstande gefangen genommen haben.

Nußland.

Der „Ost.-Z.“ wird aus Warschau, 15. Aug., geschrieben: Graf Lambert soll erst morgen von Petersburg nach Warschau abreisen und ist, wie man sagt, mit unbegrenzten Vollmachten für alle Eventualitäten vom Kaiser versehen. Graf Lambert ist ein Jugendfreund des Kaisers und soll, wie mir aus guter Quelle versichert wird, dessen Vertrauen in hohem Grade haben. Ein Mann in den vierziger Jahren, soll er viel Energie besitzen und beauftragt sein, mit allen Mitteln die Ordnung im Königreich Polen wiederherzustellen. Noch ist es nicht an der Zeit, uns heute in Mutmachungen über die Art dieser Mission zu ergehen, wenn wir aber die Concentrirtung des Militärs in Warschau, die Pläne der Operationen, welche für alle möglichen Fälle entworfen sein sollen, das Eintreffen von 8 neuen Kosaken-Regimentern in der Nähe von Warschau u. berücksichtigen, so dürfen wir, falls man nicht von den Demonstrationen und Untrieben abläßt, eben auf keine friedliche Lösung hoffen. Nach verschiedenen coursirenden Gerüchten sollen im ganzen Lande heimliche revolutionäre Comités bestehen und diese mit andern ehemals polnischen Landsleuten verbunden sein und revolutionäre Blätter gedruckt und verbreitet werden u. Die Polen rechnen auf Krieg in Ungarn und Italien, und es fragt sich, ob Russland darauf wird warten wollen, und ob Polen überhaupt eine solche, Alles demoralisirende Lage wird ertragen können, da das Darniederliegen der meisten Geschäfte, Handwerke und andere Erwerbswege ohnehin zum Ruin des Landes führen muss, indem man nur in die Kirche geht und Gebete zum Vorwank nimmt, um demonstrieren und müsig die Zeit totschlagen zu können, während die Kinder zu Hause hungern.

Die Blätter vom 17. d. bringen eine Reihe Ordensverleihungen, unter andern auch die an den Präsidenten des Appellationsgerichts, den wirklichen Staatsrat Strzeszewski, der bei dem Urteil gegen das Ereignis, das er so sehr beklagt, ist die Fortdauer der Contrarevolution, die — wie er berichtet — trotz aller Anstrengungen der piemontesischen Truppen an unzähligen Punkten fortbesteht und selbst dort, wo sie geschlagen wird, immer wieder neuwendig zum Vorschein kommt. Der Korrespondent schildert u. a. ein Insurgentenlager auf den Höhen von Amalfi, einer Lieblingsvilleiatur der Neapolitaner, und sagt sodann, daß solche Banden im ganzen Lande verbreitet sind und daß daher die Zersetzung und Ermündung der gegen sie entsandten Truppen jeden Begriff übersteigt. Uebrigens gesteht er neuerdings, obwohl mit widerstreitendem Herzen zu, daß die Sympathien eines grossen Theiles der Bevölkerung dem König Franz gehören und daß selbst von der nichtroyalistischen Partei behauptet werde, Piemont habe sich unsfähig zur Regierung Süditaliens erwiesen.

Der „Pungolo“ läßt sich unter dem 11. d. M. aus Neapel schreiben: „Neapel ist ruhig, befindet sich aber in einer schweren Krise; die Umstände haben zur Handhabung des Gesetzes (?) gegen die Verdächtigen geführt; es ist dieses Gesetz ein äußerstes Aushilfsmittel in schwierigen Zeiten, dessen sich sowohl die Revolutions als der Despotismus bedient; es ist aber eines jener Mittel, die denen, die sie anwenden, verderblich werden können, falls die Anwendung nicht mit der größten Umsicht geschieht. Die Hunderte von Verhafteten und Deportierten haben hier Verwandte und Freunde, Anhänger verschiedener Art. Schön beginnt man zu behaupten, daß Dieser oder Jener mit Unrecht verhaftet wurde, daß rücklose Menschen jetzt ein einschärfliches Geschäft mit Verdächtigungen treiben und daß Denunciations von angeblichen Bourbonischen Komités nur der in Aussicht gestellten Belohnungen halber stattfinden... Mit einem Worte, die Krisis ist dem entscheidenden Momente nahe gerückt.“

Auch aus Triest wird über die Lage der Dinge im Neapolitanischen gemeldet: Authentische Nachrichten, die hier aus Neapel anlangen, stellen die dortigen Zustände in einem wirklich schauererregenden Lichte dar. Die Erbitterung ist auf beiden Seiten so hoch gestiegen, daß von einer Versöhnung keine Rede mehr sein kann. Dabei nehmen die Defektionen aus der Piemontesischen Armee mit jedem Tage zu, wie wir uns auch hier überzeugen können, und ganze Familien suchen in Benedig und hier eine Zuflucht vor den Wirren, die sich in Italien vorbereiten.

Die neuesten tel. Nachrichten über die Vorgänge im Neapolitanischen sind vom 17. und 19. Sie sind piemontesischen Ursprungs und melden nichts als vereinzelte Gefechte bei Lancello, Gagliano, Avigliano, Vilna und Konno. An letzterem Orte hatten sich zu einer wirklichen persönlichen Vereinigung mehrere Tausend Menschen (polnische Berichte sprechen von 30.000) an beiden Ufern des Niemen aus verschiedensten, dann moschafte Verhaftungen von Geistlichen, Castellamare, Sorrent, Siziano, Amalfi u. Es ist nicht zu verwundern, wenn die Regierung, schon die möglichen Gegenden Eithauens und Polens zusammengeföhrt, nicht zu bewegen kann, wenn der florentinische „Contemporaneo“, ein conservativer Blatt, nach Beileichen Steuer-Defraudationen von Salz und Tabak zu jungs und Correspondenzangaben die Zahl der Verhaftungen, ein Joch der Brücke hatte herausnehmen

lassen und ein Kommando Soldaten mit einem Offizier aufgestellt war, fand doch die Vereinigung statt. Man umringt ganz freundschaftlich das Militär, separate die Offiziere von seinem Kommando, bedeckte die Brücke und überschritt die Grenze, worauf ein Gottesdienst diesseits in Alexota stattfand und Hochrufe auf Polens Vereinigung ausgebracht wurden. Es soll dabei übrigens sonst friedlich hergegangen sein.

Serbien.

In „Ost und West“ finden wir die nachfolgende Depesch aus Belgrad, 9. August: Heute wurde die Skupstchina in Kragujevac eröffnet. Die „Chronrede“ v. rückt folgende Vorlagen: Reformen des Skupstchinagesetzes, eine neue Senatsorganisation, Steuerreform und Errichtung einer Volksarmee. Die Mission Karađorđević sei unbedeutet und es bleibe die Hauptaufgabe der Regierung, von der Pforte die Würdigung der betreffenden Interessen durch Realisierung der erworbenen Rechte Serbiens, wo nicht Erweiterung derselben zu erlangen. Die Aufnahme der Flüchtlinge geschah, um die Ruhe aufrecht zu erhalten, zum Vortheil Serbiens und der Pforte. In Bezug auf die innere Politik werde die aufrichtigste Versöhnung angestrebt und es werde das strengste Verfahren gegen Störung derselben angewendet werden. Allseitiger Fortschritt sei dringend nötig und die Überstürzung eben so verderblich, als die Stagnation. Die Untersucht und die Vernachlässigung der Landwirtschaft und Industrie rufen sich gegenseitig hervor und seien von den verderblichsten Folgen für den Staat. Ein ernstlicher Fortschritt Serbiens ohne Besserung der Landwirtschaft, deren Zustände die Chronrede lebhaft schildert, sei undenkbar und wird daher zur gesetzlichen Erwägung empfohlen, wogegen die Regierung alles in ihrer Macht Gelegene eifrigst thun werde.

Aus diesem Auszuge ist zu ersehen, mit wie manigfachen Aufgaben sich die serbische Volksversammlung wird zu beschäftigen haben. Unklar ist nur, wie eine „Erweiterung der Rechte Serbiens“ von der Pforte erlangt werden soll, da die Pforte nicht einmal die bereits erworbenen Rechte „realisieren“ will. Das aber die Skupstchina thätig in die Geschichte der Balkanhalbinsel eingreifen wird, daran zweifelt nur, der etwa die Bemühungen der europäischen Diplomatie für erfolgreiche achtet. — Der Serdar von Cernica, Milo Bojodic rüstet sich, Nehai zu berennen, um so einen Hof zu gewinnen. — Der Fürst Michael hat dem Euka Lukalović einen goldenen Säbel verehrt. Auf diesen Thatsachen allein dürfte der Schluss erlaubt sein, daß die Männer, die an der Spitze der südslavischen Stämme stehen, den Kampf diesmal solidarisch, Einer für Alle, Alle für Einen aufzunehmen und durchzuführen wollen.

Griechenland.

Das griechische Ministerium hat der Kammer auch einen Gesetzentwurf über die gemischten Ehen vorgelegt. Dieser setzt als Bedingungen für die Sanktigkeit der Ehe zwischen Gemisch-Gläubigen die Einsegnung derselben durch einen orthodoxen Geistlichen genau nach den bestehenden Gesetzen, welche die Erlaubnis des Bischofs fordern, und dann ein Handelsrecht vor dem Friedensrichter fest, daß die aus dieser Ehe erzeugten Kinder in der orientalisch-orthodoxen Kirche getauft und erzogen werden sollen. Die bischöfliche Erlaubnis wird ohne diese gerichtliche Handlung nicht ertheilt. Im Ausland hat der griechische Consul dieselben Rechte wie der Friedensrichter. Diese Gesetze erstreckt sich auch auf die bisher geschlossenen Ehen.

Türkei.

Der „K. Z.“ wird aus Konstantinopel, 17. August gemeldet: Die hiesigen Kaufleute wollen in einer Adresse den Sultan zu bitten, Ethem Pascha wieder ins Handelsministerium einzuziehen. Kypriss Pascha wird Gouverneur von Bagdad (?). Ethem Pascha bekommt eine dem Grossvezir gleiche Stellung (?). Mehemed Djemil Pascha wird definitiv zum Minister des Staatsrates ernannt — behält beide Ministerien. Der Kaiser hat ihm für seinen Dienstleifer gedankt. General Su-

danjan ist in der Nacht abgereist.

Turin, 19. August. Die officielle Gazette veröffentlicht ein Decret, welches ein Nationalthesen einführt. Der Gouverneur von Mailand ist nach Turin berufen worden, wo man ihm die Civil-Administration der Statthalterschaft von Neapel angeboten hat. Die Nazionale von Florenz enthält heute einen Brief von Massimo d'Azeglio in Betreff der Veröffentlichung seines Briefes in der „Patrie“. Azeglio beschuldigt Matteucci der Indiscretion; er hat siets die Unabhängigkeit Italiens gewollt.

Die neuesten Berichte aus New-York vom 10. August melden, daß die Separatisten einem Gerüchte nach, Truppenmassen bei Fairfax konzentriert und sich daselbst verschanzen. Hampton bei Monroe, wurde von den Separatisten verbrannt.

Neerlandpost. (Mittell. des Lloyd-dampfers „Erzherzog Ferdinand Max“ am 20. August zu Triest eingetroffen.) Dieselbe enthält Nachrichten aus Calcutta vom 16., Bombay, 27. Juli. Eine britische Reisegeellschaft, welche den Landweg durch China und Tibet nach Ostindien eingeschlagen hatte, wurde nächstens in Kaschgar erwartet. Der bekannte Rebellenhauptling Feroze Schah ist nach Persien entkommen.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. A. Voegel.

Verzeichniß der Angelkommenen und Abgereisten vom 21. August.

Angekommen sind die Herren: Felix Graf Kerner aus Gaggenau, Graf Balucki a. Galizien, Felix Cisewski a. Polen, Karl Goderj a. Polen, Eduard Chylinski a. Russland, Edmund Krzywinski a. Polen, Edmund Lewicki a. Russland. Abgereist sind die Herren: Kornel Golejowski nach Semberg, Gf. Cholewiowski n. Lemberg, Sigmund Tiepielowski n. Lemberg, Ignaz Baranowski n. Polen, Leonhard Rogojski n. Galizien, Wladislaus Swantek n. Karlsbad, Roman Janowski n. Polen, Anton Orlowski n. Breslau.

Amtsblatt.

N. 5164. Annonce. (3025. 1-3)

Vom Magistrat der k. Hauptstadt Krakau wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß wegen Überlassung der Delberleitung in den Vorstädten und in städtischen Neubauten in Nachbar, auf die Zeit vom 1. November 1861 bis 31. October 1864 am 11. September d. J. im Magistratsgebäude im IV. Magistrats-Departemente um 10 Uhr Vormittags eine Versteigerung abgehalten werden wird.

Der Ausfußpreis beträgt 6144 fl. 28 kr. ö. W.

Das Badium beträgt 615 fl. ö. W.
Schriftliche Offerten werden auch bis zum Schlusse der mündlichen Verhandlungen angenommen.

Die Licitationsbedingnisse können im Bureau des IV. Magistrats-Departementes eingesehen werden.

Krakau, am 8. August 1861.

N. 838. Annonce. (3024. 1-3)

An der Wadowicer Hauptschule, Krakauer Kreises, ist die Lehrer-Stelle, landesfürstlichen Patronats, mit einem jährlichen Gehalte von 210 fl. ö. W. in Erledigung gekommen.

Bewerber um selbe haben ihre gehörig instruirten Bitzefüsse, mit Beobachtung der Stempelvorschriften, im gesetzlich vorgeschriebenen Wege unausweichlich bis zum 24. October 1861 an das Bischöfliche Consistorium gelangen zu lassen.

Bom Bischöflichen Consistorium.

Tarnów, am 14. August 1861.

N. 11420. Edikt. (3022. 1-3)

Na skutek wniesionego przez pana Leonarda Waszyka prenotowanego właściciela niegdyś w Wadowickim, obecnie w Krakowskim obwodzie leżących dóbr Brankówka i Ostalówka, dla których ostatecznie za zniesione powinności właściątkie restryktem e. k. komisji indemnizacyjnej ministerialnej z dnia 5. Listopada 1855 L. 6716 kapitał w ilości 4993 zlr. 47% kr. mk. w obligacyjach indemnizacyjnych wyznaczony został, c. k. Sąd krajowy w Krakowie wzywa wszystkich wiezycieli i prawa rzeczowe do wyżej wspomnionych dóbr mających, aby się w terminie najdalej po dniu 30. Września 1861 z prawami swemi do tutejszego sądu ustnie lub pismennie zgłosili.

Zgłoszenie to ma w sobie zawierać:

a) dokładne oznaczenie imienia i nazwiska, miejsca pobytu (Nr. domu) zgłaszającego się i jego pełnomocnika który zaopatrzyć się ma w pełnomocnictwo we wszystkie prawnie wymagalności zaopatrzone i legalizowane.

b) kwotę wniesionej pretensi hypotecznej tak względem kapitału jako i procentów o ile takowe takie samo prawo zastawu mają co i

c) oznaczenie tabularne zgłoszonej pozycji,

d) w razie gdyby zgłaszającego się miejsce po-

bytu po za obrębie tego sądu było, także i wymienienie tutaj mieszkającego pełnomoc-

nika w celu przyjmowania rozporządzeń sa-

dowych, gdyż w przeciwnym razie takowe

z tym samym skutkiem prawnym, jak gdyby do własnych rąk doręczone zostały, zgłosza-

jącemu się przez pocztę przesłane były,

Równoczesnie oznajmia się, iż ten który by

w terminie wyż oznaczonym ze swoją produkcją nie zgłosił się, będzie uważany tak, jak gdyby zezwolił na przekazanie swojej pretensi do kapi-

ta indemnizacyjnego wyż oznaczonego, według kolei na niego przypadającej, i że to milczące ze-

zwolenie na przeniesienie wierztylnosci na kapi-

ta indemnizacyjny odnosi się będzie i do każdej późniejszej części kapitału indemnizacyj-

nego, jak również iż z pretensią swoją później nie będzie więcej słuchany.

Niestawiający na terminie utracą także prawo ozy-

nienia wszelkich wniosków i użycia wszelkich środ-

ków prawnych przed ugodymi których interesanci

zawarli między sobą w myśl §. 5 pa-

tentu z dnia 25. Września 1850 jednakże tylko

wtedy, jeżeli pretensią jego według porządku

hypotecznego przekazaną została do kapitału wy-

nagrodzenia albo też stosownie do §. 27 ces. pat-

z 8go Listopada 1853 zabezpieczoną została na

gruncie i ziemi.

Kraków, dnia 30. Lipca 1861.

N. 1571. Edikt. (3012. 2-3)

C. k. Sąd obwodowy w Nowym Sączu za-

wiadomia, że Osta Kęczyńska pozwana edyktem

z dnia 15. Kwietnia 1861 do L. 1571 umieszczo-

nym w Gazecie Krakowskiej z dnia 2., 3. i 7.

Maja 1861 właściwie Reczyńska ma się nazywać,

i że termin do rozprawy ustnej w sprawie dotyc-

iącej, na dzień 16. Października 1861 godzinę

10tę zraną odroczony został.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Nowy-Sącz, dnia 31. Lipca 1861.

In der Buchdruckerei des „CZAS.“

In der Buchdruckerei des „CZAS.“